



# BLAUER BOTE

IHRE ZEITUNG FÜR DIE HAUPTSTADT · AUSGABE SOMMER/HERBST 2024



Landesverband  
Berlin

## Turboeinbürgerung

Berliner  
Verwaltung  
überfordert!  
Seite 2



Foto: stock.adobe, SKT Studio

## Das große Bildungs- Spiel!

Ein Spaß für die  
ganze Familie!  
Seite 2/3 Fraktionsteil



Foto: hauptstadtfraktion

## Machtmissbrauch

Das neue  
Stiftungsgesetz ist  
nichts anderes als  
Vetternwirtschaft.  
Seite 3



Foto: alamy.de, Freelance Fotograf

Foto von links nach rechts: Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, Bürgermeister v. Berlin Kai Wegner, Kultursenator Joe Chialo und Alfonso Pantisano (SPD) auf dem Christopher Street Day am 22. Juli 2023

## Editorial

von Dr. Kristin  
Brinker



### Liebe Leser,

die Europawahl 2024 hat ein Beben bei denen ausgelöst, die seit Jahr und Tag vor den bösen Rechten warnen. Deutschland ist beim Wahlvolk wieder geteilt: im Westen schwarz und im Osten blau. Was bedeutet das für die bevorstehende Landtagswahl bei unserem Nachbarn Brandenburg? Schon jetzt ist die AfD in Brandenburg mit Abstand stärkste Kraft, sowohl bei der Europawahl (27,5%) als auch bei den Kommunalwahlen (25,7%). Die AfD gewinnt in 16 der 18 Landkreise und kreisfreien Städte. Ein großartiger Erfolg, der auf einen echten Politikwechsel am 22. September 2024 zur Brandenburger Landtagswahl hoffen lässt.

IHRE **KRISTIN BRINKER**  
LANDESVORSITZENDE

# Wegner auf Abwegen

*Nichts von dem, was er versprach, wurde bisher umgesetzt!*

Die Berliner haben mit dem Ergebnis der Wiederholungswahl am 12. Februar 2023 ein klares Zeichen gesetzt. Ein Politikwechsel sollte her. Dafür wurde die CDU in Berlin stärkste Kraft und Kai Wegner nach 22 Jahren SPD-Herrschaft im Roten Rathaus der neue Regierende Bürgermeister der Hauptstadt.

Hat es nach annähernd anderthalb Jahren schwarz-roter Regierung in Berlin tatsächlich den versprochenen Politikwechsel gegeben? Die aktuelle Bilanz ist mehr als ernüchternd.

Erste Amtshandlung des neuen Wegner-Senates war die Einführung einer hoch dotierten zusätzlichen Leitungsstelle in der Senatskanzlei. Damit das nicht zu viel Unmut beim Koalitionspartner auslöst, bekamen kurzerhand alle Senatsverwaltungen gleichermaßen diesen Zusatzposten. Kosten für den Steuerzahler: mindestens 2,5 Millionen Euro pro Jahr.

Wegner erklärte im Wahlkampf die notwendige Verwaltungsreform zur Chefsache. Die Defizite in der Organisation der Verwaltung erleben die Berliner tagtäglich am eigenen Leib. Bis Ende 2023 sollte jeder Bürger innerhalb von 14 Tagen einen Bürgeramtstermin bekommen. Fazit: Nichts ist passiert, alles wie gehabt.

Wegnerversprach, härter gegen die alltägliche Kriminalität in der Stadt vorzugehen

und sich mehr um die Sicherheit der Bürger zu kümmern. Fazit: Die aktuelle Kriminalitätsstatistik belegt eine gegenteilige Entwicklung: mehr Gewalt, mehr Rohheitsdelikte, mehr Einbrüche, mehr Vergewaltigungen.

**Wegner tanzt mit Vorliebe auf schwul-lesbischen Straßenfesten und verspricht, Milliarden Euro Sonderschulden zu machen.**

Worum kümmerte sich der Regierende eigentlich? Er tanzt mit Vorliebe auf schwul-lesbischen Straßenfesten, verspricht, auf Kosten zukünftiger Generationen Milliarden Euro Sonderschulden zu machen für Klimaprojekte, die das Klima nicht retten können, und lässt im gesamten Stadtgebiet immer mehr Flüchtlingsunterkünfte errichten – häufig gegen den Willen der Anwohner. Die Wegner'schen Abwege werden immer mehr zu Irrwegen.

~KRISTIN BRINKER

# Turboeinbürgerung überfordert Berliner Verwaltung

**Der älteste unbearbeitete Einbürgerungsantrag ist zehn Jahre alt!**

Im letzten Jahr wurden rund 200.000 Ausländer in Deutschland eingebürgert. Das sind so viele Menschen wie seit 25 Jahren nicht mehr. Dabei ist das neue Staatsbürgerschaftsrecht noch gar nicht in Kraft. Dieser Anstieg liegt vor allem darin begründet, dass die Asylanten von 2015 inzwischen lange genug im Land sind, um in den Genuss der regulären Einbürgerung nach acht Jahren zu kommen.

Der Zustrom nach Deutschland, innerhalb der OECD-Staaten und nach den USA das beliebteste Ziel für Migration, bleibt ungebrochen. Allein im vergangenen Jahr gelangten mit 329.000 Zuwanderern so viele Menschen ins Land, wie Neukölln Einwohner hat.

**2023 gelangten mit 329.000 Zuwanderern so viele Menschen ins Land, wie Neukölln Einwohner hat.**

Die Hauptstadt Berlin ist in Deutschland das bevorzugte Ziel für Migranten. Die als Provisorium eingerichteten Zelt- und Con-



Foto: AfD-Fraktion

tainersiedlungen auf den ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof werden immer größer. Zusätzlich lässt der Senat weitere Modulare Unterkünfte für „Flüchtlinge“ (MUF) und Containerdörfer bauen und mietet ganze Hotels zu Wucherpreisen an.

Das Berliner Landesamt für Einwanderung (LEA) ist mit der gegenwärtigen Situation vollkommen überfordert. Bis vor Kurzem lag die Verantwortung für Einbürgerung noch bei den Bezirken. Seit Jahresbeginn ist in Berlin allein das LEA für die Vergabe deutscher Pässe zuständig, ohne dass die Arbeit dadurch einfacher geworden wäre. Im LEA gibt es Defizite bei der Digita-

lisierung und es fehlt weiterhin an qualifiziertem Personal. Von 179 Stellen waren im Mai 2024 nur 109 besetzt. Der älteste unbearbeitete Einbürgerungsantrag ist zehn Jahre alt, ohne dass es sachliche Gründe dafür gäbe.

Politisch motivierte Entschlüsse des Bundestages sind für ihre problematische Umsetzung in den Ländern berüchtigt. Es gab überhaupt keinen Grund, die Hürden für die Einbürgerung zu senken. Maßgebend war vermutlich die trügerische Hoffnung, bei der nächsten Bundestagswahl mehr Stimmen zu bekommen.

~HUGH BRONSON

## Wer anderen eine Grube gräbt — Lehren aus der EU-Wahl

**Das politische Koordinatensystem verschiebt sich in die richtige Richtung**

Der 9. Juni war ein Doppel-Wumms für die Ampel-Parteien. Zum einen verloren sie alle an Stimmen, was die Unzufriedenheit mit den drei Parteien untermauert. Im Mai hatte eine ARD-Umfrage ergeben, dass nur noch 23 Prozent der Deutschen mit der Bundesregierung zufrieden sind. Das ist rekordverdächtig wenig.

Auf der anderen Seite mussten die Regierungsparteien erleben, dass die AfD zur zweitstärksten Kraft landesweit aufsteigen konnte. All die Diffamierungen, von der angeblichen Deportationskonferenz im Winter bis hin zu undurchsichtigen Spionage- und Korruptionsvorwürfen gegen führende Kandidaten der Partei, bewirkten nichts.

Besonders gewurmt haben dürfte die politische Linke zudem der Umstand, dass sie das Wahlalter gesenkt hat, weil sie glaubte, bei Nachwuchswählern leichtes Spiel zu haben. Pustekuchen: Bei den

Wählern zwischen 16 und 24 lagen CDU und AfD gleichauf bei 17 Prozent. Die Jugend wählt Mitte-Rechts.

**Trotz aller Diffamierungsversuche, steigt die AfD zur zweitstärksten Kraft landesweit auf.**

So verschiebt sich das politische Koordinatensystem ein wenig in die richtige Richtung – und zwar in der Mehrzahl der EU-Staaten. In Brüssel mit dabei ist fortan unser **EU-Abgeordneter Alexander Sell** (siehe Foto rechts). Er setzt sich dafür ein, dass die Einzelstaaten wieder mehr Macht über ihre eigenen Belange erhalten und dass sich die EU raushält aus dem Leben der Bürger – und ebenso ihren Taschen.

~ALEXANDER SELL UND RONALD GLÄSER



Foto: stockphoto.com, karayyna, AfD-Fraktion

# Alternative Hauptstadtfraktion

NACHRICHTEN AUS DER AFD-FRAKTION IM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN | SOMMER 2024

## Wird Pflege lebensbedrohlich?

Der Bericht aus einem Berliner Pflegeheim offenbarte Zustände, die sich niemand vorstellen mochte. Feuerwehr und Polizei rückten an, um eine Pflegekraft zu unterstützen, die an dem Abend völlig allein für weit über 100 zum Teil schwer pflegebedürftige Menschen zuständig war.

Pflegenotstand ist kein Einzelfall. Zunehmende Pflegebedürftigkeit und eine abnehmende Anzahl Pfleger kollidieren miteinander. Zudem bedrohen massiv steigende Kosten eine menschenwürdige Pflege.

**Wir müssen:**

- ➔ die Heimaufsicht ertüchtigen, Heime häufiger als nur einmal im Jahr zu prüfen.
- ➔ den Heimen finanzielle Planungssicherheit ermöglichen.
- ➔ Das Heimsterben muss ein Ende haben!
- ➔ stationäre Pflege so lange wie möglich hinauszögern, damit die Menschen möglichst lange zu Hause bleiben können.
- ➔ das ambulante Pflegegeld durch eine nachvollziehbare 23-prozentige Erhöhung stärken, um den Preisanstieg der letzten Jahre auszugleichen.
- ➔ das Pflegegeld der Sachleistung für ambulante Pflegedienste annähern, damit die Pflege durch Angehörige stärker gewürdigt wird.



Foto: Hauptstadtfraktion, B.Z. Titelseite vom 19. April 2024

- ➔ für Nachwuchs in der Pflege z.B. durch ein soziales Jahr nach der Schule sorgen,
- ➔ damit die Schwächsten der Gesellschaft immer einen Ansprechpartner haben, wenn sie den roten Knopf drücken.
- ➔ die Ausbildung in der Pflege wieder dreigliedrig auf die Pflege der Alten, Kranken und Kinder ausrichten, damit allen zu Pflegenden ihren Bedürfnissen entsprechend geholfen wird. Gute Pflege verdient Priorität!

CARSTEN UBBELOHDE

**Folgen Sie der Hauptstadtfraktion in den Medien und nehmen Sie Kontakt auf:**

+49 30 23 25-26 22

info@afd-fraktion.berlin

afd-fraktion.berlin

twitter.com/afdfraktionagh

facebook.com/AfDFraktionAGH

youtube.com/c/AfDFraktion AbgeordnetenhausBerlin

instagram.com/afdfraktionagh

tiktok.com/@

hauptstadtfraktion  
**Abonnieren Sie unseren Newsletter**

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER** Fraktion der Alternative für Deutschland im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin  
**V.i.S.D.P.** Andreas Heinzgen **TELEFON** 030 2325-2640 **E-MAIL** info@afd-fraktion.berlin  
Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbungszwecken verwendet werden.

## Echte Umweltbildung statt Klimaangst

Es ist noch nicht allzu lange her, da war es en vogue, dem Unterricht am Freitag in der Schule fernzubleiben, um auf Demonstrationen vermeintlich das Klima zu retten. Das Ganze wurde dann noch hübsch verpackt als außerschulischer Lernort oder als „Demokratieprojekt“.

Kritik allein schon daran gibt es genug, aber vor allem aus Sicht der Natur- und Umweltbildung war diese Diskursverschiebung eine Katastrophe.

Viel zu selten wird seitdem über den Schutz unserer Natur geredet, sondern nur noch abstrakt über das Klima. Dabei ist echter Naturschutz nur allzu oft das Gegenteil von Klimaschutz.

Doch was brauchen wir, um wirklich unsere Natur zu schützen?

Der Dreh- und Angelpunkt für echten Naturschutz ist und bleibt die Bildung, vor allem die praxisnahe Bildung gepaart mit einem tragfähigen Konzept, Kindern und Jugendlichen unsere heimische Natur nahezubringen.

Dabei muss die Natur- und Umweltbildung endlich fächerübergreifend in unseren Schulen in den Rahmenlehrplänen abgebildet werden. Naturerfahrung, Pflanzen- und Wildniswissen müssen gegenüber einer diffusen Klimabildung im Klassenzimmer endlich einen größeren Anteil erhalten.

Und auch gegenüber theoretischem Wissen muss die praxisbezogene botanische Bildung im Kontext heimatkundlicher Orientierung deutlich schwerer gewichtet werden.

Ziel muss es dabei sein, Kinder nicht nur mit gestalteter Stadtnatur in Berührung zu bringen, sondern verstärkt ein Eintauchen in urwüchsige Natur zu ermöglichen.

Naturbildung und die Naturerfahrung sind der Anker von echtem Naturschutz, denn es gilt heute umso mehr der berühmte Ausspruch: „Man liebt nur, was man kennt, und man schützt nur, was man liebt.“

ALEXANDER BERTRAM



# Berlin, Du kannst es besser!

## Spielregeln

### Du benötigst:

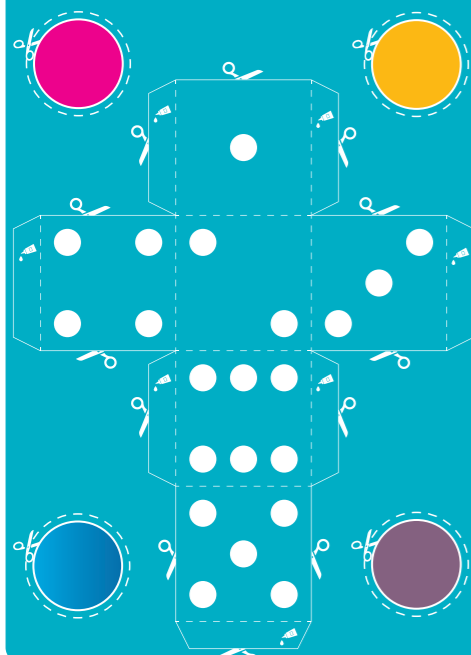
2-4 Spieler, einen Würfel (siehe Bastelbogen), 2-4 Spielfiguren

### Spielregeln:

Lege das Spiel für alle Spieler gut sichtbar in die Mitte des Tisches. Jeder Spieler erhält eine Spielfigur, die er auf eine der blauen Startfelder platziert. Der jüngste Spieler beginnt, danach wird reihum, im Uhrzeigersinn weitergespielt. Wer an der Reihe ist, würfelt. Entsprechend der gewürfelten Augenzahl darf der Spieler mit seiner Spielfigur vorrücken. Landest du auf einem grünen oder roten Leiterfeld, darfst oder musst du die Leiter entweder hinauf- oder herabsteigen. Wer als Erster auf das große Feld am Ende gelangt, hat gewonnen und sein Abitur bestanden.

## Bastelbogen

1. Schneide diesen Bastelabschnitt komplett aus und klebe ihn auf ein Stück Pappkarton (alte Müsli-Packung oder Ähnliches).
2. Warte, bis der Kleber getrocknet ist, und schneide nun mit einer Bastelschere oder Nagelschere entlang der gestrichelten Linie der Spiel-Chips.
3. Schneide den Würfel entlang der ungestrichelten Linie aus. Knicke ihn an den gestrichelten Linien nach innen.
4. Falte die Mitte des Würfels (Nr. 1,2,6,5), sodass ein Würfel entsteht. Klappe die Seiten (Nr. 4,3) und schließe den Würfel.
5. Klebe ihn an den Laschen zusammen.



**Reinickendorf**

86: Leider ist der Sportplatz nicht TÜV-gerecht, deshalb müsst ihr auf einem Lidl-Parkplatz Liegestütze machen.

80: Dein(e) Lehrer\*in legt Wert auf gendergerechte Sprache – gut für Sie, schlecht für dich!

76: Glückwunsch, deine Schule hat endlich ein eigenes WLAN!

74: Leider bist du das einzige deutsche Kind in deiner Klasse und darfst deinen Lehrer beim Unterricht unterstützen!

70: Durch den Corona-Unterricht sind Defizite entstanden, die du nicht mehr aufholen kannst – steige die Bildungsleiter runter.

67: Du hast Glück! Deine besondere Begabung wird erkannt und durch AG's gefördert.

64: Drei Lehrer gehen in Rente, du bleibst auf deinem jetzigen Bildungsstand.

61: Sparmaßnahmen! An deiner Schule wurde das Wasser für die Duschen abgedreht, du musst verschwitzt im nächsten Unterricht sitzen!

60: Hurra! an deiner Schule gibt es saubere, funktionsfähige Duschen, die du nach dem Sportunterricht nutzen kannst.

**Spandau**

45: Du hast Glück, deinen Lehrern ist es wichtig, dich in Lesen, Schreiben und Rechnen zu fördern.

41: Leider sind deine Deutschkenntnisse doch nicht so gut, steige ab in den Kindergarten.

**Mitte**

52: Glückwunsch, obwohl du auf eine Brennpunktschule gehst, gibt es eine Deutschgarantiekasse.

54: Hurra! an deiner Schule gibt es nun drei neue Lehrer - du hast ab jetzt wieder Mathe!

**Charlottenburg-Wilmersdorf**

36: Du bist leider das einzige Kind in der Klasse, deren Eltern einen Job haben und die Reisekosten trotzdem nicht übernehmen können – Du musst in eine Parallelklasse für diese Zeit!

**Tempelhof-Schöneberg**

31: Hurra! Klassenfahrt! Alle wollen nach New York! Die Reise wird vom Amt bezahlt!

**Steglitz-Zehlendorf**

03: Da deine Deutschkenntnisse so gut sind, steigst du vom Kindergarten in die 1. Klasse auf!

**Pankow**

92: Leider ist der WLAN-Empfang so stark gestört, dass du runter musst, um an der offenen Eingangstür nach Mobil-Empfang zu suchen.

**Friedrichshain-Kreuzberg**

29: Leider ist der Sicherheitsmitarbeiter mit über 50 Prozent deiner Mitschüler verwandt, somit ist die Sicherheit für dich eher fragwürdig.

**Neukölln**

18: Hurra! Für deine Sicherheit ist gesorgt, deine Schule hat nun einen eigenen Sicherheitsdienst.

**Hellersdorf-Köpenick**

70: Glückwunsch, Du hast dein Abi bestanden!

# Unis in der Selbstideologisierungsfalle

Es wird Zeit für eine neue Studenten-Generation

Die Universitätsleitungen stehen dem Phänomen hilflos gegenüber: Linke, queere, migrantische und islamistische Gruppen schließen sich zusammen, um unter dem Vorwand des Gaza-Konflikts Veranstaltungen zu stören, Hochschulgebäude zu besetzen und Andersdenkende einzuschüchtern. So geschehen bei der Besetzung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Humboldt-Universität am 22. und 23. Mai 2024. HU-Präsidentin Julia von Blumenthal ließ die Krawallmacher gewähren und nahm die Zerstörung von Räumen ihrer eigenen Universität billigend in Kauf.

Keine drei Wochen zuvor schien die schöne heile Uni-Welt noch in Ordnung. Auf einer Veranstaltung der ‚Berlin University Alliance‘ im Senatssaal der HU schworen sich Beteiligte aus Hochschulen und Politik darauf ein, die Demokratie tapfer zu verteidigen. Dabei ging es aber nicht etwa um die Frage, wie Islamismus und Antisemitismus zurückge-



Foto: R. Gemeiner, AfD-Hauptstadtfraktion

drängt werden könnten, nein, es ging um die vermeintliche Gefahr des Rechtspopulismus. Unter augenfälliger Missachtung der Grundsätze parteipolitischer Neutralität zerbrach man sich die Köpfe darüber, wie es gelingen könne, der AfD ihre Wähler abspenstig zu machen. Dafür gibt es sogar ein eigens eingerichtetes Forschungsprojekt.

Dass die Agitation gegen Konservative auf der einen Seite und die Besetzungen der Unis auf der anderen Seite möglicherweise zwei Seiten einer Medaille sind, auf diese Idee war niemand gekommen. So schreitet die Selbstideologisierung der Hochschulen munter voran, und immer häufiger verstellt postkoloniale Pseudowissenschaftlichkeit den Blick auf die Realität. Da ist es auch kein Wunder, dass an der TU Berlin eine Uni-Präsidentin an ihrem Stuhl klebt, die nicht nur freudig in den postkolonialen Chor einstimmt, sondern auch offen eine konservative Professorin mobbt. Immer mehr Wissenschaftler fühlen sich in diesem Umfeld unwohl oder packen gleich ganz ihre Koffer, um im Ausland weiterzuforschen. Es wird deshalb höchste Zeit, dass eine neue Studenten-Generation den ideologischen Muff der letzten Jahre hinter sich lässt und der Wissenschaftsfreiheit wieder eine Chance gibt.

MARTIN TREFZER

# Berliner Schwimmbadsituation

Schön war es damals – als unsere einzige Sorge war, ob wir genug Taschengeld für ein Eis haben

Wer hat nicht die Schlagzeile vernommen, „Berliner Schwimmbäder jetzt mit Stacheldraht gesichert“? Eine Meldung, die Besorgnis auslöst. Im Sportausschuss dazu befragt, gab der Vorstandsvorsitzende der Berliner Bäderbetriebe Entwarnung – Ein wenig zumindest.

Der Stacheldraht dient nur dem Schutz vor Einbrüchen in die Kassen. So weit, so unschön. Es ist ein Fakt, dass wir seit Jahren sehen, dass randalierende Migranten Badegäste belästigen, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Körperverletzungsdelikte, sowie Sachbeschädigungen begehen.

All das ist bekannt und offensichtlich. Wir als AfD-Hauptstadtfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus haben im vergangenen Jahr dazu ein Sicherheitskonzept entwickelt, das der Berliner Senat nahezu zu 100 Prozent umgesetzt hat. Aber ich sage es ganz deutlich! Es ist schlimm, dass Maßnahmen wie Passkontrollen und erweiterte Sicherheitsdienste notwendig sind. Man muss an



Foto: R. Gemeiner, AfD-Hauptstadtfraktion

die Ursachen gehen und nicht die Symptome bekämpfen, wie es aktuell passiert.

● Heute heißt es im Freibad, Angst um Leib und Leben haben zu müssen.

Das Zauberwort heißt: Remigration! Jetzt und unmittelbar. Wir können unser Land in wenigen Jahren ändern, wenn eine starke konservative Regierung in

Deutschland konsequent Recht und Gesetz anwenden und umsetzen würde! Wir alle erinnern uns an unsere Kindheit, wo der Bademeister eine Respektsperson war, unsere einzige Sorge war, ob wir genug Taschengeld für Pommes und ein Eis hatten und keine Angst um Leib und Leben haben mussten. Wir brauchen eine Wende, und das so schnell wie möglich!

KARSTEN WOLDEIT

# Machtmissbrauch und Vetternwirtschaft

Wie die Altparteien mit dem neuen Stiftungsgesetz weiter unter sich bleiben und das Bundesverfassungsgericht ignorieren.

Anfang Mai brachte die Koalition aus CDU und SPD ein neues Gesetz zur Finanzierung politischer Stiftungen und kommunalpolitischer Bildungswerke in das Abgeordnetenhaus ein. Gezwungen hatte sie dazu das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil von 2023. Das entsprechende Verfahren war von der AfD angestrengt worden, weil diese sich durch die Ablehnung der Finanzierung der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. in ihrem Recht auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb verletzt sah. Die AfD bekam Recht.

Damit bescheinigte Karlsruhe, dass die jahrzehntelange Finanzierungspraxis der parteinahen Stiftungen durch ein einfaches Haushaltsgesetz verfassungswidrig war.

Bei der Stiftungsfinanzierung geht es um sehr viel Steuergeld. Das Gesamtbudget der parteinahen Stiftungen lag im Jahr 2019 nach Berechnungen der Otto-Brenner-Stiftung bei 699,8 Millionen Euro.

Doch anstatt das Urteil in Demut aufzunehmen, wurden sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene Gesetzentwürfe eingebracht bzw. verabschiedet, die deutlich an den gesetzten Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts scheitern und sich darüber hinaus als bloße AfD-Verhinderungsgesetze darstellen.

Zum Beispiel: Förderberechtigt sind nur Stiftungen und Bildungswerke, deren nahe-stehende Partei mindestens drei Legislaturperioden dem Abgeordnetenhaus ange-

hört. Passgenau erwartet man in Berlin jetzt anderthalb Jahrzehnte Anwesenheit im Abgeordnetenhaus und zementiert somit den bisherigen Parteienstaat.

Sollte der Verfassungsschutz eine Partei als „gesichert extremistisch“ einstufen, entfällt die Förderung ebenfalls. Das gibt dem Verfassungsschutz zusätzliche Kompetenzen, die ihm bisher nicht zustanden und die missbrauchsanfällig sind.

## Die Altparteien machen sich den Staat zur Beute

Die Schlüsselfrage, wie viel Geld zu den parteipolitischen Stiftungen maximal fließen soll, wird erneut nicht beantwortet, obwohl das Bundesverfassungsgericht dies in seinem Urteil ausdrücklich moniert hatte.

In der Ausschussberatung waren handverlesene Anzuhörende. Die Begünstigten von der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) sowie

der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), welche wenig überraschend „keine größeren Bedenken“ hinsichtlich des Entwurfs erkannten. Die AfD-Fraktion hatte den Rechtsanwalt Ulrich Vosgerau benannt – Ein erfahrener Verfassungsrechtler, der unter anderem das oben benannte Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgreich geführt hatte. Mehr Expertise geht kaum. Er wurde trotzdem von der Mehrheit der Ausschussmitglieder zurückgewiesen und nicht eingeladen.

„Wir haben überhaupt gar keinen Grund, Herrn Dr. Ulrich Vosgerau eine Bühne als Experte im Berliner Abgeordnetenhaus zu geben“, sagte z.B. der CDU-Fraktionsvorsitzende Dirk Stettner – was bezeichnet ist, da es sich bei Herrn Vosgerau immer noch um ein CDU-Mitglied handelt. Dieses Vorgehen zeigt aber einmal mehr, wie Minderheitenrechte der Opposition im Parlament mit Füßen getreten werden.

Es bleibt also leider alles beim Alten. Die Altparteien machen sich den Staat zur Beute bedienen sich schamlos auf Kosten der Steuerzahler und schließen einen Großteil der Wählerschaft aus der politischen Teilhabe in diesem Land aus.

~MARC VALLENDAR

# Eigentum für (fast) alle ist eine Frage des politischen Willens

Es gibt nur für jeden zwölften Berechtigten eine Wohnung im sozialen Wohnungsbau

Es gibt wohl keinen Ort auf dieser Welt außer Berlin, wo man stolz darauf ist, ein Leben lang Miete zu zahlen. EU-weit liegt die Wohneigentumsquote bei 70 Prozent, ohne Deutschland mit seiner niedrigen Eigentumsquote wäre diese Quote der EU noch wesentlich höher. Schlusslicht in Deutschland und Europa ist Berlin mit weniger als 15 Prozent, obwohl nach der Wende eine riesige Chance bestand, dies zu ändern.

Berliner Politiker spotten gern, dass Berliner sich gar kein Eigentum leisten könnten, und merken nicht, dass diese Entwicklung auf sie selbst zurückzuführen ist. Ich will ein Beispiel nennen aus Barcelona: Dort gibt es keine Mietwohnungen als sozialen Wohnungsbau, in Barcelona bekommt

ein sozial Bedürftiger eine Eigentumswohnung zu Bedingungen, die er sich leisten kann. Das führt dazu, dass Barcelona eine Wohneigentumsquote von annähernd 90 Prozent erreicht und viele der ehemals Sozialwohnungsbedürftigen mittlerweile mietfrei wohnen. So geht wahrhaftige Sozialpolitik.

## Politiker spotten gern, dass Berliner sich gar kein Eigentum leisten könnten

Vergleichbares wäre nach dem Mauerfall in Berlin sehr leicht zu verwirklichen gewesen. Die billig verscherbelten rund 65.000 Wohnungen der GSW kosteten je 31.000 Euro. Hätte man sie an Mieter privati-

siert, hätten wir heute 65.000 Haushalte, die längst von den Lasten der Miete befreit wären. Auch das ist nur eines von vielen Beispielen, wie man schon in der Vergangenheit mieterorientierte Sozialpolitik hätte betreiben können. Stattdessen sieht Sozialpolitik so aus, dass der Senat heute 300.000 Euro pro Wohnung bezuschusst, um eine Sozialwohnung zu bauen. Wohlgermerkt: Die Gesamtkosten liegen noch wesentlich höher. Wohl dem, der in dieser Wohnungsloslotterie das große Los zieht, denn es gibt nur für ca. jeden zwölften Berechtigten eine solche Wohnung. Die anderen gehen leer aus und müssen über ihre Steuern auch noch die Wohnung des Lotteriegewinners mitfinanzieren.

~HARALD LAATSCH



## 10 Fragen an: Frank-Christian Hansel

Frank-Christian Hansel MDA,  
geboren 1964 in Wiesbaden, aufgewachsen  
in München, Unternehmensberater und Philosoph

- Ihr Lieblingsplatz in Berlin ist ...?**  
*Das Hundeauslaufgebiet im Grunewald mit meinem „Blitz“*
- Das Getränk zum Lieblingslied?**  
*Gin Tonic mit Gurke*
- Im Radio hören Sie am liebsten...?**  
*Klassik-Radio*
- Wo gibt es die beste Pizza in Ihrem Bezirk?**  
*Im „San Marco“ in Schöneberg*
- Was mögen Sie an Berlin am meisten?**  
*Die Freiheit*
- Und was ist das Schrecklichste?**  
*Zu lange dunkle graue Winter*
- Warum sind Sie Abgeordneter geworden?**  
*Weil Berlin zu lange unter Wert regiert wird*
- Was war Ihr größter Erfolg als Abgeordneter?**  
*Die Abwahl von Rot-Grün-Rot bei der Wiederholungswahl 2023*
- Haben Sie die Entscheidung jemals bereut?**  
*Nein.*
- Wenn Sie einen Wunsch im Abgeordnetenhaus frei hätten, wie würde der lauten?**  
*Eine klare Mehrheit für einen mehrheitlich von der AfD bestückten Senat.*

**WIR WÜNSCHEN  
ALLEN BERLINERN**

*Einen  
schönen  
Sommer!*



Foto: stock.adobe.com, Piotr Krzeslak



## Mitmachen, Mitbestimmen, Mitglied werden.

**Werden Sie jetzt  
Teil der Alternative  
für Deutschland!**

<https://www.afd.de/mitglied-werden/>



**Sie sind beruflich  
oder privat stark  
eingespannt?**

**Dann können Sie uns auch  
durch eine  
Fördermitgliedschaft  
oder eine Spende  
unterstützen:**

**SPENDENKONTO**

AfD Landesverband Berlin  
DE35 1005 0000 0191 1950 57  
BELADEBEXXX

**Folgen Sie uns:  
AfD Landesverband Berlin**

[www.afd.berlin](http://www.afd.berlin)

[facebook.com/afdberlin/](https://facebook.com/afdberlin/)

[twitter.com/AfDBerlin](https://twitter.com/AfDBerlin)

**AfD**

Landesverband  
Berlin

**IMPRESSUM**

Herausgeber AfD Landesverband  
Berlin, Eichhorster Weg 80, 13435  
Berlin **Verantwortlich im Sinne des  
Presserechts** Ronald Gläser  
E-Mail [lgs@afd.berlin](mailto:lgs@afd.berlin)  
REDAKTIONSSCHLUSS 21. JUNI 2024

